

**ASYLBEWERBERUNTERKÜNFTE**

# Bürgermeister fordert Sicherheitsdienst

Sozialministerin Emilia Müller, Staatsminister Dr. Markus Söder und Regierungspräsidentin Brigitta Brunner: Sie alle haben Post von Klaus Heilinglechner bekommen. Thema ist die Situation der Flüchtlinge vor Ort. Der Rathauschef fordert einen Sicherheitsdienst sowie einen Sozialarbeiter für die Gemeinschaftsunterkünfte an der Heimgartenstraße und am Loisachbogen.

VON FREDERIK LANG

**Wolfratshausen** – „Wie sollen die Asylbewerber integriert werden, wenn man sie sich selbst überlässt?“ Mit dieser Frage fasst Heilinglechner seine Ausführungen zusammen. Wie in Geretsried wächst inzwischen auch in Wolfratshausen der Unmut darüber, wie die Regierung von Oberbayern ihre Flüchtlingsunterkünfte betreiben will. Den Rathauschef stört es gewaltig, dass die Asylbewerber in den beiden Gemeinschaftsunterkünften ohne Fachpersonal und Sicherheitsdienst betreut werden. Geplant war das ursprünglich anders.

Das ehemalige Pfarrheim am Loisachbogen sollte das Landratsamt betreiben. Geplant war eine Belegung mit 70 bis 80 Personen und 24-stündigem Sicherheitsdienst. Heilinglechner zufolge soll das Gebäude am Loisachbogen nach der Übernahme durch die Regierung mit 120 Personen belegt werden. „Schon in der annähernden Verdopplung der Belegungszahl sehen wir eine enorme Verschlechterung der Situation für alle Beteiligten und ei-



**Konfliktpotenzial:** Im ehemaligen Pfarrheim am Loisachbogen sollen bis zu 120 Asylbewerber einziehen. FOTO: HERMSDORF-HISS

ne drastische Erhöhung des Konfliktpotenzials“, schreibt Heilinglechner. „Wir sehen hier eine deutliche Gefährdung der umliegenden Bewohner, der ehrenamtlichen Helfer und natürlich der Asylbewerber selbst.“

An der Heimgartenstraße 3a leben derzeit 64 Menschen aus unterschiedlichen Nationen. Eine Verwaltungskraft sowie ein Hausmeister sind unter der Woche tagsüber erreichbar. Sie kümmern sich aber ausschließlich um die Organisation und nicht um die soziale Betreuung der Menschen. In der Vergangenheit sei es immer wieder zu heftigen Konflikten gekommen, verbal wie körperlich

Die Sicherheit vor allem von alleinstehenden Frauen sei dadurch erheblich gefährdet. Es komme zudem immer wieder zu Regelverstößen und Sachbeschädigungen. Weder die Verwaltungskraft noch der Hausmeister könnten in solchen Fällen deeskalierend eingreifen, die Mitglieder des Helferkreises Asyl seien mit diesen Problemen überfordert und für deren Lösung weder ausgebildet noch verantwortlich.

Ines Lobenstein, Koordinatorin des Helferkreises, bestätigt diese Aussage. „Nachts und am Wochenende ist keiner da. Es gibt jede Menge Konfliktpotenzial. Das bereitet uns Sorge. „In jeder Ju-

gendherberge gibt es jemanden, der rund um die Uhr da ist und auch mal eingreifen kann.“ Für Heilinglechner ist dieser Zustand nicht tragbar. „Es ist unverantwortlich, bei Einrichtungen dieser Größenordnung und bei den in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen mit Gemeinschaftsunterkünften, diese ohne geeigneten Sicherheitsdienst, der 24 Stunden und sieben Tage in der Woche vor Ort präsent ist, sich selbst zu überlassen.“ Seine Forderungen: ein gemeinsamer Sicherheitsdienst für beide Einrichtungen, der rund um die Uhr eingesetzt wird. Und dazu ein Sozialarbeiter als Ansprechpartner für die Flüchtlinge,

den der Helferkreis unterstützen könnte.

Außer einer Eingangsbestätigung aus dem Büro der Ministerin Müller hat Heilinglechner noch keine Antwort auf sein Schreiben bekommen. Das Sozialministerium teilt auf Anfrage unserer Zeitung mit, dass man sich zur konkreten Situation nicht äußern könne, bis die Sachlage mit allen beteiligten Stellen geprüft wurde und eine Ant-

wort an den Bürgermeister erfolgt sei.

Anders als bei Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen die Unterbringung in den ersten sechs Monaten nach Ankunft erfolgt, sei ein Sicherheitsdienst in staatlich betriebenen Gemeinschaftsunterkünften nicht pauschal vorgesehen. Im Einzelfall sei dies bislang aber auch anders gehandhabt worden. „Dabei spielt auch die Bewertung der Sicherheits- und Gefährdungslage vor Ort eine Rolle“, teilt eine Sprecherin mit. Sicherheitsdienste seien nur für die Situation in den Asylbewerberunterkünften zuständig. Außerhalb sei dies Aufgabe der Polizei. Generell werde derzeit geprüft, „inwieweit und unter welchen Voraussetzungen Sicherheitsdienste auch in staatlich betriebenen Gemeinschaftsunterkünften häufiger zum Einsatz kommen sollten“.

Unabhängig davon plant Heilinglechner eine Infoveranstaltung in der Aula der Hammerschmiedschule. Der Termin wird derzeit mit der Regierung und dem Landratsamt abgestimmt. Auch deren Vertreter sollen bei dem Treffen dabei sein. Heilinglechner betont, dass die Wolfratshausener wie bisher ihren Beitrag zur Integration der Asylbewerber leisten wollen. Das könne aber nur mit Unterstützung „von oben“ funktionieren. „Kommen Sie dieser Verantwortung nach“, appelliert der Bürgermeister an die Adressaten seines Schreibens. „Versuchen wir gemeinsam, eine vernünftige Lösung zu finden.“